

Debatte um ein Ölembargo

"Ein Embargo tut uns weh, aber es schadet Russland viel, viel mehr"

21. April 2022, 10:34 Uhr | Lesezeit: 9 min

Warum der Wirtschaftshistoriker Moritz Schularick ein rasches Energie-Embargo gegen Russland für dringend notwendig hält, um den Ukraine-Krieg zu beenden. Und Nichtstun für die Bürger viel teurer kommt.

Interview von Katharina Wetzel

Zu zögerlich, mutlos und ohne politische Weitsicht: Der Bonner Ökonom [Moritz Schularick](#), 46, kritisiert die Haltung der deutschen Bundesregierung in der Embargofrage scharf. Diese übernehme keine Verantwortung und tue nur so viel, wie unter internationalem Druck minimal möglich sei, um Russlands Krieg gegen die Ukraine zu beenden. Dabei wäre ein Energie-Embargo für russisches Erdöl und Erdgas für die heimische Wirtschaft verkraftbar, hat er in einer Studie mit anderen Wissenschaftlern ausgerechnet. Ein Gespräch über Deutschlands Rolle in der EU und die Folgen des Krieges in der Ukraine.

SZ: Finanzieren Deutschland und die EU mit ihren Energie-Importen Russlands Krieg gegen die Ukraine?

Moritz Schularick: Ja, 40 Prozent des russischen Staatshaushalts, aus dem dieser Krieg finanziert wird, stammen aus den Einnahmen aus dem Verkauf von Öl, Gas und Kohle. Seit Kriegsbeginn hat die EU 35 Milliarden Euro an Russland überwiesen und an die Ukraine eine Milliarde für Hilfen und Waffenlieferungen. Wir haben also mehr als 30 Mal so viel Geld an Russland gezahlt wie an die Ukraine.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagt, Putin könne mit den Milliarden gar nichts anfangen. Stimmt das?

Das stimmt nicht. Unterm Strich ist das eine Ausrede. Wenn 40 Prozent der Haushaltseinnahmen wegfallen, hat jedes Land ein Problem. Wenn Putin versucht, die Lücke mit Rubel-Drucken

zu schließen, läuft er in eine Hyperinflation, die sein Regime destabilisiert.

Die gegen Russland verhängten Sanktionen seien die härtesten, weitreichendsten und effizientesten, die in den vergangenen Jahrzehnten gegen eine Volkswirtschaft verhängt wurden, macht Scholz immer wieder deutlich. Tut die Regierung Ihrer Ansicht nach genug, um den Ukraine-Krieg zu beenden?

In meinen Augen nicht. Die Bundesregierung tut so viel, wie unter internationalem Druck minimal möglich ist. Wir stellen uns nicht der Verantwortung. Die Zögerlichkeit der Berliner Politik wird uns am Ende viel mehr kosten.

Sie haben bereits in Ihrem Buch "Der entzauberte Staat" das deutsche Krisenmanagement während der Pandemie als zu schwerfällig kritisiert. Ist die Regierung nun wieder zu zögerlich?

Die Sachlage ist eine andere als in der Pandemie, und es gibt spezielle Faktoren wie etwa die unglückliche Verbindung vieler sozialdemokratischer Politiker mit dem Regime von Putin in den vergangenen Jahren, aber es gibt einige Tendenzen, an denen sich wenig geändert hat, wie die Zögerlichkeit, die Mutlosigkeit und strategische Kurzsicht.

Ist Kanzler Scholz in der Energie-Embargofrage schlecht beraten?

Ich denke, dass der Kanzler in diesen Fragen schlecht beraten ist, wenn er allein auf Industrievertreter hört. Das sind zum Teil dieselben Industrievertreter, die in den vergangenen zehn Jahren erklärt haben, dass die Abhängigkeit von Russland kein Problem sei, und die jetzt sagen, die Abhängigkeit von Russland sei ein Riesenproblem, und wir kämen da so schnell gar nicht raus.

Sie haben ausgerechnet, dass ein Energie-Embargo für Deutschland handhabbar wäre. Können Sie Ihr Modell erklären?

Es ist ein Modell, das viele Sektoren und Produktionsketten berücksichtigt und dann modelliert, was passiert, wenn wir mit 30 Prozent weniger Gas auskommen müssen. Die Effekte sind substanziell, aber handhabbar, wenn es sein muss. Es gibt in der ganzen Embargofrage einen wichtigen Unterschied zwischen einer betriebswirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Perspektive. Für den einzelnen Betrieb, zum Beispiel einen Glashersteller, der sehr viel Gas braucht, um sein Glas herzustellen, ist ein Embargo problematisch. Wenn die Gaspreise stark steigen, kann der Betrieb unter Umständen nicht mehr kostendeckend arbeiten. Betriebswirtschaftlich

ist das ein großes Problem.

Wie sieht es gesamtwirtschaftlich aus?

Wenn wir uns das als Wissenschaftler aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive angucken, dann sieht man zum Beispiel, dass wir Glas aus anderen Ländern importieren können und so dann indirekt auch das Gas importieren, das benutzt wurde, um das Glas herzustellen. Produktionsketten werden umgestellt. Die wirtschaftlichen Effekte eines Embargos werden auf viele Schultern verteilt und sind dadurch handhabbar. Für die Volkswirtschaft als Ganze sind die Effekte dann viel geringer. Aber die betroffenen Betriebe schreien natürlich laut.

Was wären die Folgen eines kompletten Energie-Embargos?

Ein komplettes Embargo russischer Energielieferungen würde uns 0,5 bis 3 Prozent Wachstum kosten. Auf Deutschland kämen also Kosten zu, die es in vergangenen Rezessionen erfolgreich bewältigt hat. Die Rezession wäre wahrscheinlich weniger schwer als während der Corona-Pandemie. Die Kosten müssen wir auf viele Schultern verteilen, aber wir können damit umgehen.

Zur Person

Moritz Schularick, 46, ist Professor für Makroökonomie an der Sciences Po in Paris und der Universität Bonn. Er forscht über die Ursachen von Finanzkrisen ebenso wie über die Ursprünge sozialer Ungleichheit oder die politische Ökonomie der Globalisierung. Schularick gilt zudem als anerkannter Wirtschaftshistoriker. Kürzlich erhielt er den Leibniz-Preis für seine herausragenden Forschungsleistungen. weka

Arbeitgeber und Gewerkschaften sehen das anders. Hunderttausende Arbeitsplätze seien in Gefahr.

In einer Rezession, in der das Wirtschaftswachstum um zwei, drei Prozent zurückgeht, steigt die Arbeitslosigkeit. Der Staat kann das aber über Kurzarbeit und andere Instrumente abfedern, so dass die Betriebe die Gehälter weiter auszahlen können. Und überlegen Sie, wie viele Arbeitsplätze verloren gehen, wenn dieser Krieg noch lange dauert oder sich ausweitet. Nichts tun hat viel höhere Kosten.

Ihre [Studie](#) geht davon aus, dass die Inflationserwartungen konstant bleiben. Viele Verbrau-

cher machen sich aber jetzt schon große Sorgen über die gestiegenen Preise. Durch ein Energie-Embargo dürften die Preise weiter steigen. Wie kann der Staat hier gegensteuern?

Denkbar ist beispielsweise, dass wir für einkommensschwache Haushalte ein Energiegeld zahlen, damit die Kaufkraft stabil bleibt. Aber klar ist auch, dass Energiepreise für die Industrie und Haushalte bisher nur so billig waren, weil Russland uns abhängig gemacht hat. An dieser Diagnose führt kein Weg vorbei. Was wir nicht machen dürfen, ist, die Energiepreise künstlich niedrig zu halten. Es gibt keinen Weg zurück zum billigen russischen Gas. Industrie und Haushalte müssen ihr Verhalten anpassen, wenn die Preise steigen.

Kann Deutschland ein Embargo auch aushalten? Der Krieg kann ja lange dauern.

Ja, das können wir. Wenn, dann ist sowieso nur die kurze Frist problematisch, mittelfristig können wir neue Lieferwege finden. Aber wir wollen ja in ein paar Jahren sowieso keine fossilen Energieträger mehr verbrennen. Jetzt können wir diese Agenda beschleunigen, indem wir uns von russischen Energieträgern schnell lösen. Wir werden wahrscheinlich im Übergang mehr Flüssiggas importieren müssen, aber wir müssen auch die Transformation der Volkswirtschaft angehen.

Welche Anreize sollte der Staat für eine raschere Energiewende setzen?

Wir müssen die Transformation sozialpolitisch abfedern, sodass einkommensschwache Haushalte nicht die Hauptlast tragen. Wir brauchen zudem mehr öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, um die Energieversorgung umzustellen.

Wie wirkt sich der Ukraine-Krieg auf den [Immobilienmarkt](#) aus?

Wenn die EZB die Zinsen merklich erhöht, dann kommen die Finanzierungsmodelle im Immobiliensektor und dadurch die Preise unter Druck. In absehbarer Zeit werden wir aber wohl kein Zinsniveau erreichen, das zu einem Zusammenbruch der Preise führt. Aber die fetten Jahre sind vorbei. Die Preise werden auch mal nach unten gehen, aber das Kreditwachstum - der beste Indikator für einen Crash - ist weiterhin moderat. Viele Leute haben ihre Ersparnisse umgeschichtet, aber nicht den Immobilienkauf massiv auf Kredit finanziert, sodass das Potenzial für einen Preissturz begrenzt erscheint.

Rechnen Sie mit einer Stagflation?

Sicherlich sehen wir gerade einen Wachstumsrückgang durch Krieg und steigende Energiepreise, vielleicht eine [Rezession](#) und einen Anstieg der [Inflation](#). In den USA wurde ein massiver Nachfragestimulus in der Pandemie betrieben, während in Europa der Anstieg der Inflationsraten weiterhin fast ausschließlich auf die gestiegenen Energiepreise zurückzuführen ist. Dies lässt die Inflationsraten hoch erscheinen. Wenn der Krieg vorbei ist, wird klarer werden, dass der Inflationsdruck nicht so hoch ist wie in den USA.

Wie lange muss die Schuldenbremse ausgesetzt werden?

Ich halte die Schuldenbremse für keine gute Regel, weil sie zu unflexibel und starr ist. Sie hat auch einen Konstruktionsfehler, der potenziell dazu führt, dass wir langfristige Zukunftsinvestitionen reduzieren und kurzfristige Sozialausgaben eher steigern. Die Schuldenbremse ist leider zu einem Symbol und Teil der Identitätspolitik der Union geworden, was eine vernünftige Diskussion erschwert. Wir wollen alle solide Staatsfinanzen, aber es geht smarter. Für die nächsten Jahre sollte man sich in jedem Fall maximalen wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum erhalten.

Wenn die bisher verhängten Sanktionen den Krieg nicht beenden können, was kann dann noch getan werden?

[Es gibt noch viele Dinge](#): Waffen, ein Totalembargo, Finanzsanktionen, die auch den Energiesektor einbeziehen. Deutschland gibt aktuell ein schlechtes Bild ab bei der Unterstützung der Ukraine mit Finanzmitteln und auf militärischem Gebiet.

Kanzler Scholz möchte vermeiden, dass Deutschland Kriegspartei wird, um eine noch größere Eskalation zu verhindern.

Die beste Möglichkeit, um eine Eskalation zu vermeiden, ist Stärke und Geschlossenheit zu demonstrieren. Wenn wir jetzt nicht bereit sind, die Heizung um ein Grad runterzudrehen oder einen energiestarken Industriezweig abzuschalten, ist es dann glaubhaft, dass wir bereit sein werden, Litauen zu verteidigen, wenn Putin dort angreift? Wie glaubwürdig ist es, dass wir morgen deutsche Soldaten ins Baltikum schicken, wenn wir heute nicht einmal bereit sind, für einen Winter die Glasproduktion runterzufahren? Was wir gerade machen, bestätigt Putins Auffassung, dass Demokratien entscheidungsschwach sind. Was wir jetzt brauchen, ist ein Churchill und kein Chamberlain.

Putin hat Atomwaffen, und es ist nicht ausgemacht, wie er auf ein Energie-Embargo reagiert.

Wir müssen ein Signal der Stärke geben, dass wir bereit sind, hohe Kosten in Kauf zu nehmen, um unsere Freiheit und das Recht zu verteidigen. Was wir aktuell machen, ist das Gegenteil. Wir zögern und führen eine kleinliche Debatte, oft getrieben von kurzfristigen Lobby-Interessen. Wo ziehen wir die Linie? Beim nächsten Massaker? Oder wenn er im Baltikum ein kleines Stück an der Grenze einnimmt? Wir müssen Stärke zeigen gegenüber Diktatoren. Wir können uns das leisten, wir sind wirtschaftlich stark. Die Ökonomien der EU und der USA sind 30-mal größer als die von Russland, wir haben die Technologie, die finanziellen Möglichkeiten. Ein Embargo tut uns weh, aber es schadet Russland viel, viel mehr. Die spieltheoretische Logik ist ganz klar: Man muss geeint und mit der Drohung massiver Konsequenzen Diktatoren gegenüberstehen, nur das reduziert das Risiko einer Eskalation. Das ist letztlich die Logik des Kalten Krieges, in die wir zurückmüssen. Immerhin verstehen die USA das und werden Berlin am Ende auch sagen, was zu tun ist.

Die EU-Mitgliedstaaten haben bereits einem Embargo gegen russische Kohle zugestimmt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen droht ein Ölembargo an. Ist so eine sukzessive Steigerung der Sanktionen eine gute Strategie?

Die Kohle macht nur einen verschwindend geringen Teil der russischen Exporterlöse aus. Wir müssen alles tun, um diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden, und nicht darauf warten, dass Putins Armee neue Gräueltaten begeht, damit wir rechtfertigen können, dass wir dann noch ein Ölembargo verhängen. Wir brauchen eine mutige Regierung, die der Bevölkerung ehrlich sagt: Wir müssen jetzt Putin den Geldhahn zudrehen, damit er möglichst schnell diesen Angriffskrieg aufgeben muss und die Ukraine diesen Krieg gewinnt.

Würde ein Gasembargo Deutschland nicht mehr schaden als Putin, wie etwa Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) sagt?

Das ist Unfug. Der Effekt eines EU-weiten Öl- und Gas-Embargos auf die russische Volkswirtschaft wäre etwa drei- bis viermal so stark wie der Effekt auf Deutschland. Ich denke, dass für Deutschland am Ende ein Embargo billiger ist als nichts tun, weil der wirtschaftliche Nutzen eines kürzeren Krieges und eine Schwächung von Putin die Kosten stark überwiegen würden.

Wie groß sind denn die Kosten des Nichtstuns?

Die sind gewaltig. Nicht nur für die Menschen in der Ukraine. Die europäische Wirtschaft ist jetzt schon durch den Krieg stark belastet. Die [Wachstumsprognose](#) für Europa wurde um ein bis zwei Prozentpunkte reduziert, das sind jetzt schon Kosten von 100 bis 200 Milliarden Euro. Die großen Militärausgaben, die wir tätigen müssen, um die europäische Sicherheit in den

nächsten Jahren zu gewährleisten, müsste man auch einrechnen. Das Ausland schaut auf Deutschland und schüttelt mit dem Kopf. Der Schaden für das Ansehen Deutschlands in der Welt ist enorm.

Wirkt ein Embargo auch, wenn es kein globales ist? Es ist doch unklar, wie sich China und Indien verhalten.

Beide Staaten haben letztlich signalisiert, dass sie nicht um jeden Preis Putin unterstützen wollen. Das Gas kommt ohnehin über die Pipeline nach Europa, da kann Putin kurzfristig nichts anderes machen. Das Öl kann er zwar noch woanders verkaufen, aber wenn man die Schiffe und Reedereien in das Sanktionsregime einbezieht, dann hätte er auch Probleme, sein Öl loszuwerden. Wir sehen am Beispiel Iran, wie schwer es ist, aus diesem Sanktionsregime heraus, Einnahmen aus dem Ölverkauf zu tätigen. China will sich durch Kooperationen mit Russland nicht den Zugang zum europäischen und amerikanischen Markt versperren. Über ein weitreichendes Sanktionsregime hätte man große Einflussmöglichkeiten. Es ist aber Deutschland, das auf der Bremse steht.

Und Österreich und Ungarn.

Österreich und Ungarn haben nicht das wirtschaftliche Gewicht Deutschlands. Es hängt letztlich an Deutschland.

Welche Rolle sollten Deutschland und die EU in der Welt einnehmen?

Es ist sinnvoll für Europa, sich eigene ökonomische Handlungsspielräume zu bewahren. Aber sicherheitspolitisch führt am Schulterschluss mit den [USA](#) kein Weg vorbei. Es muss zudem klar sein, dass der Westen die Welt nur dann gestalten kann, wenn wir zusammenhalten.

Und welche Lehre ziehen Sie als Wirtschaftshistoriker aus der Geschichte?

Wenn wir in 30 Jahren zurückschauen, wird es völlig egal sein, ob die Inflation dieses Jahr bei 5,2 oder 7,1 Prozent lag und ob die Schuldenbremse ein, zwei oder drei Jahre ausgesetzt war oder ob wir einen Winter lang in Deutschland weniger Glas produziert haben. Die Geschichte wird uns danach beurteilen, ob es uns gelungen ist, diesen Krieg schnell zu beenden und einen brutalen Diktator in die Schranken zu weisen und Europa zusammenzuhalten. Der Rest wird eine Fußnote in der Geschichte sein.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5566642

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.